

# SPD

Verlag und Redaktion:  
Hannover, Georgstr. 33

# Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

spä/III/37

Hannover, 25. März 1948

## Sozialistische Perspektiven

P.R. Die Zeit drängt, alle Entschlüsse, die man für notwendig hält, müssen schnell gefaßt und in möglichst kurzer Zeit verwirklicht werden. Das ist das besondere Kennzeichen der gegenwärtigen Lage für die Demokratien, die darauf verzichten sollten, sich westlich zu nennen, weil sie ohnehin die einzigen sind, die es gibt. Die natürliche Schwerfälligkeit des demokratischen Apparates ist angesichts dieser Grundforderung nach Eile ein schwerer Nachteil, den es, soweit nur irgend möglich auszugleichen gilt. Unbestritten sind in dieser Beziehung im letzten halben Jahr Fortschritte erzielt worden: Der Weg von dem Bevin'schen Plan einer westeuropäischen Union bis zu seiner kürzlich erfolgten Fixierung ist z.B. in bemerkenswert kurzer Zeit zurückgelegt worden.

So hält man sich auch heute nicht mehr groß bei den vorüberlichen Beschlüssen der Sozialistischen Partei Europas auf, die zur Frage der eigenen Standortbestimmung und hinsichtlich des Verhältnisses zum Marshall-Plan gefaßt worden sind, obwohl es Dokumente von großer politischer Bedeutung und erstaunlicher Prägnanz sind. Man drängt weiter und fragt nach den praktischen Auswirkungen, denn die Sorge um das Morgen ist fast größer als die gewiß nicht geringe um das Heute - das Gestern aber verschwindet schneller als gesacht im Sturzloch der Zeit.

Festzuhalten ist zunächst, daß die Scheidung der Geister jetzt aus der Arbeitsgemeinschaft der sozialistischen Parteien Europas wirklich eine geschlossene politische Kraft gemacht hat, die davor sicher ist, daß auf ihren Tagungen die Dominanz mithört und Ansatzpunkte für Gegenangriffe geraßezu geliefert bekommt. Weiter ist klar geworden, daß in der sozialistischen Vorstellungswelt und politischen Tagespraxis ein Unterschied zwischen den übrigen und der deutschen Sozialdemokratie nicht mehr vorhanden ist. Das ist besonders wichtig im Hinblick auf die große Bedeutung Deutschlands für die europäische Erholung und unter dem weiteren Gesichtspunkt der Wichtigkeit der SPD für die Entwicklung in Deutschland selbst. In Wien wird auf der

nächsten Tagung die Frage der sozialistischen Planung in ganz Europa angefaßt werden und es ist sicher, daß das nicht ohne gründliche Vorbereitungsarbeit erfolgen wird.

Dem Ungeduldrigen mag vielleicht das jetzt Erreichte angesichts der erwähnten Zeitnot noch zu wenig erscheinen. Aber man darf nicht vergessen, daß die behandelten Gegenstände Lebensfragen des Sozialismus sind, die man nicht durch Handhochheben lösen kann, sondern die man ausdiskutieren muß, wenn man nicht die eigene methodische Grundlage verlassen will. Gemessen an der Größe der Probleme, über die zu entscheiden war, ist das ganze Verfahren nicht allein auf den Konferenzen selbst, sondern auch während der Vorbereitungszeit erfreulich schnell und reibungslos abgelaufen. Das Verdienst daran wird in erster Linie dem Umstande zuzuschreiben sein, daß die jedem Einsichtigen vertrauten weltpolitischen Tatsachen durch ihr außerordentliches Gewicht diese Beschleunigung geradezu erzwingen.

Schließlich ist es bezeichnend, daß sich die sozialistischen Parteien Europas nicht allein darauf beschränkten, für ihr Verhalten zum Marshall-Plan eine einheitliche Linie festzulegen, sondern daß sie darüber hinaus ein sehr konkretes Programm für die allgemeine künftige Zusammenarbeit in Europa aufstellten - ein Programm, das sich nicht mehr nur mit der Arbeit und der Solidarität der Parteien befaßt, sondern bis zu dem Begriff der "Bildung der Vereinigten Staaten von Europa" vorstößt. Gewiß gehen neben den sozialistischen Kräften auch andere auf dieses Ziel los. Aber auch die Einigung im nationalen Rahmen eines Volkes vollzog sich, wenn sie einen organischen Verlauf nahm, in einer gewissen Vielfalt, die auch bei der Entstehung eines einheitlichen organisierten Europas durchaus ihre Rolle zu spielen hat. Aufgabe der sozialistischen Parteien wird es sein, dem schließlichen Gebilde möglichst viel von ihrem Geist und ihrer Art mitzugeben.

-----

#### East Lewisham zieht zurück

Unter den für den nächsten Parteitag der Labour Party eingebrachten Anträge und Resolutionen erregte vor allem die Forderung des Wahlbezirks East Lewisham, den Herbert Morrison im Unterhaus vertritt, großes Aufsehen, daß die Beschlüsse des Parteitages bindend für die Regierung sein sollen. Diese Forderung war am 29. Februar mit allen gegen eine Stimme gefaßt worden. In einer außerordentlichen Sitzung wurde jetzt mit 59 : 12 Stimmen beschlossen, die Forderung zurückzuziehen, die Herbert Morrison in der Tagung als undemokratisch bezeichnete. Gleichzeitig wurde der bisherige Vorsitzende des Bezirks East Lewisham, Fred Copeman, ausgebootet und auch nicht mehr in die Vorstandschaft gewählt. Er hatte während des spanischen Bürgerkriegs ein englisches Bataillon der Internationalen Brigade geführt.

(b/B. 55/253/ha)

In früheren Königsberg.

I.B. Warschau, Mitte März

Die Gebiete an östlichen Rand der Ostsee, die während des zweiten Weltkrieges von der Sowjetunion ihrem Reichsgebiet einverleibt wurden, sind nach wie vor für Ausländer nur ganz ausnahmsweise zugänglich. Moskau will sich nicht gern in den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Aufbau hineinblicken lassen, den es dort durchführt. Daher können auch nur selten Einwohner der früheren baltischen Republiken und des russisch gewordenen Teiles von Ostpreußen ins Ausland, es seien denn verlässliche Sowjetfunktionäre oder jene wenigen tausend Deutsche, die im letzten Herbst aus dem nördlichen Ostpreußen - jetzt Bezirk Kaliningrad der Großrussischen Sowjetrepublik - nach der Sowjetzone Deutschlands ausgesiedelt wurden. Diese aber konnten wenig erzählen, da sie in ihrer alten Heimat in den letzten Jahren nur geringe Bewegungsfreiheit gehabt hatten. Die meisten von ihnen war zuletzt als Landarbeiter auf Staatsgütern (Sowchosen) tätig gewesen. Unter diesen Umständen lag der Bericht eines höheren Beamten aus einer anderen Ostlade Interesse haben, der kürzlich aus beruflichen Anlaß Königsberg besuchen durfte. Unser Gewährsmann, der kein Kommunist ist, aber die Zusammenarbeit seiner Regierung mit Moskau billigt, hatte Gelegenheit, mit zahlreichen Deutschen und Russen der verschiedensten Rangesstellung und Gesinnung dort zu sprechen.

Königsberg, so erzählte er, ist furchtbar zerstört, da die Stadt nach ihrer Einnahme noch durch schwere Brände verheert wurde, die in einzelnen Straßenzügen mehrere Wochen andauerten. Der Wiederaufbau beschränkt sich darauf, was die Russen in absehbarer Zeit dort verwenden wollen: den Hafen, die Holzindustrie einschließlich einer großen Zellulosefabrik, die bereits wieder in Gang ist, Getreidespeicher und Großmühlen sowie die notwendigsten Verwaltungs- und Wohnbauten. Die Stadt, die vor dem Krieg über 300.000 Einwohner hatte, zählt heute mit Einschluß der Vororte knapp 100.000, davon noch etwa 20.000 Deutsche. Königsberg - heute Kaliningrad - soll in erster Reihe als Hafen und Verarbeitungsstätte für die Produkte der Weißrussischen Sowjetrepublik dienen, deren Wasserverbindungen mit der Waagel- und Pregelmündung jetzt wieder offen sind und in steigendem Maße benutzt werden. Der anfängliche Zustrom von Weißrussen nach Stadt und Umgebung dauert aber nicht länger an. Königsberg ist vielmehr nicht nur nach seiner politisch-administrativen Zuteilung, sondern auch nach der Zusammensetzung seiner Bevölkerung jetzt eine ganz überwiegend großrussische Stadt. Straßenschilder und die wieder in vollem Betrieb genommene Straßenbahn tragen ausschließlich russische Aufschriften. Trotzdem ist noch vieles von dem alten Stadtbild übrig. Die Russen haben z.B. die früheren Denkmäler stehen gelassen und widmen einigen von ihnen, wie dem Standbild Kants von Rauch und Schillers von dem mecklenburgischen Bildhauer St. Caury sogar einen gewissen Kult. Man sieht Soldatengruppen, denen vor diesen Monumenten von politische Instruktionen erteilt wird, daß Kant und Schiller "freiheitliche Geister" waren, "die zu den Vorläufern Lenins und Stalins" gehörten.

Die noch in Königsberg verbliebenen Deutschen sind überwiegend sog. Sozialisten mit ihren Familien, also Ärzte, Techniker, Spezialarbeiter usw. Sie sind meist bereits "denazifiziert" worden oder warten noch auf ein entsprechendes Verfahren. W y früher Nazifunktionäre war ist in der Regel in unbekannter Richtung verschickt worden. Deutscher Kriegsfangene hat unser Gewährsmann in Ostpreußen nicht gesehen. Die auf freier Fuß lebende Deutschen haben in der städtischen

Betrieben dieselben Arbeits- und Lohnbedingungen wie die Russen. Einige, z.B. namhafte Ärzte, bekleiden sogar leitende Stellen. Die Minderheit der Deutschen hat um Verleihung des Staatsbürgerrechts der Sowjetunion angesucht, um in der Heimat bleiben zu können. Fälle, in denen solche Gesuche bewilligt wurden, sind aber bisher nicht bekannt geworden. Schätzungsweise 70.000 bis 80.000 Deutsche arbeiten in Ostpreußen noch auf dem Lande, und zwar fast ausschließlich auf den Staatsgütern. Die Verhältnisse dort sind, wie unser Berichterstatter sich vorsichtig ausdrückte, "bisher ziemlich ungünstig". In der Regel bekommt der Arbeiter auf der Sowchose regelmäßig Lohn und wird von Nahrungsmitteln zugeteilt und wird dafür von den meist aus der herangeholten Kolchosen-Bauern besetzt. Diese hängen nämlich in ihrer Versorgung ganz vom Ernteaussfall ab, der in Ostpreußen in den beiden letzten Jahren schlecht war und durch Mäuseplage noch weiter vermindert wurde.

### " - dort ist keine Demokratie "

Aus der Prinzipielerklärung der Gewerkschaften

Die Gewerkschaften der brit. und amerik. Besatzzone haben sich auf eine von dem Leiter des bizonalen Gewerkschaftssekretariats, Fritz Tarnow, entworfenen Prinzipielerklärung geeinigt. Diese Erklärung hat ihre besondere Bedeutung in den gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen der Ost- und Westzone und ist für die Gewerkschaftsarbeit von grundsätzlicher Bedeutung. Aus ihr geben wir hier eine besonders charakteristische Abschnitt wie folgt:

Um der falschen Verwirrung entgegenzutreten, die vornehmlich durch den Mißbrauch des Wortes "Demokratie" hervorgerufen wurde, und um das Verständnis für den Unterschied zwischen demokratischen und nichtdemokratischen Staatsformen zu erleichtern, stellen die Gewerkschaften als Kennzeichen einer antidemokratischen Staatsform ausdrücklich fest:

1. wo die Staatsleitung unabhängig von freien Wahlen durch das Volk (die Macht) übernommen haben und sich der Kontrolle durch die gewählte Volksvertretung entziehen - dort ist keine Demokratie;
2. wo Volksabstimmungen und Wahlen zu eingeführt worden, ohne daß die Freiheit der Meinung und ihrer Äußerung in Wort und Schrift besteht; wo eine freie und unabhängige Presse und Literaturvermittlung und als Sprachrohr der öffentlichen Meinung nicht zugelassen sind; wo die Mittel der öffentlichen Meinungsbildung monopolisiert sind, wo infolgedessen freie Wahlen überhaupt nicht möglich sind, dort ist keine Demokratie;
3. wo eine Kritik an der Staatspolitik verboten ist, verfolgt und mit Repressalien bedroht wird - dort ist keine Demokratie;
4. wo die Staatsgewalt verbunden ist mit einer monopolisierten und privilegierten Partei und andere politische Parteien und Bewegungen verboten sind oder unterdrückt werden - dort ist keine Demokratie;

5. wo es eine geheime politische Staatspolizei gibt, die außerhalb der Gesetze und der normalen Rechtspflege steht und ohne Kontrolle durch eine demokratische Volkvertretung die Bevölkerung terrorisieren kann - dort ist k e i n e Demokratie;
6. wo es Konzentrationslager, Zwangsarbeit und ähnliche Einrichtungen gibt, in denen der herrschenden Schicht erlaubt ist, Mißliebige ohne Gesetze und Richterspruch ihrer Freiheit zu berauben, wo Beauftragte der Staatsgewalt die sich in ihrer Gewalt befindlichen Gefangenen mißhandeln oder foltern, ihre Gesundheit und das Leben vernichten können, ohne dafür zur Verantwortung gezogen zu werden - dort ist k e i n e Demokratie.

In dem hiermit einige der wesentlichen Kennzeichen hervorgehoben sind, von denen jedes einzelne genügt, um eine Staatsform zu erkennen, die im schärfsten Gegensatz zur Demokratie steht und die in der Gestalt des verbrecherischen Nazistaates den tiefsten Abscheu und die Verachtung der ganzen zivilisierten Welt hervorgerufen hat, bekennen sich die deutschen Gewerkschaften zu einer wirklichen Demokratie der Freiheit, der Menschlichkeit und des Respekts vor der Menschenwürde.

(b/B. 1/253/ha)

#### Die sieben von Spandau

Seit ihrer Überführung nach Spandau ist es still um jene sieben ehemaligen Nazi-Größen geworfen, die als Hauptkriegsverbrecher vom Nürnberger Tribunal zu hoher Freiheitsstrafe verurteilt wurden, wie Paul Bretherton im "Sunday Dispatch" schreibt, werden Hees, Funk, Raeder, Speer, Schirach, Neurath und Doenitz nach wie vor als eine Gefahr betrachtet. 32 Wärter, die sich aus Angehörigen der vier Besatzungsmächte rekrutieren und von vier Direktoren geleitet werden, sorgen dafür, daß die in Nürnberg ergangene Anweisung, jede Berührung der Gefangenen mit Deutschen zu verhindern, strikt eingehalten wird. Kein Deutscher hat Zutritt zum Gefängnis und für alle anfallenden Reparaturen etc werden Polen und Litauer herangezogen. Alle 32 Wärter sind übrigens gleichmäßig gekleidet und damit ist Spandau wohl der einzige Punkt Europas, wo völlig gleichmäßige Uniformierung der vier Besatzungsmächte besteht. Die Nazi-Kriegsverbrecher leben wie alle anderen Insassen in deutschen Gefängnissen. Sie kleben Tüten oder arbeiten in dem Garten, der dem Gefängnis angeschlossen ist. Als man, so erzählen die Wärter, Hees aufforderte, die Gemüchsbete zu gießen, meinte er: "Lassen Sie das Raeder tun. Der weiß mit dem Wasser besser umzugehen als ich".

(m/B. 65/253/ha)